



Der Handelskonflikt eskalierte gestern weiter: Die Europäische Union und Kanada kündigten Milliardenstrafzölle auf US-Exporte an – nur wenige Stunden nachdem Trumps neue Abgaben auf Stahl- und Aluminiumimporte in Kraft traten.

## Europa

Die EU erklärte, dass ihre Zölle ab dem 1. April gelten sollen – als Antwort auf US-Zölle in Höhe von rund 26 Milliarden Dollar. Dennoch betonten die Verantwortlichen, dass sie gesprächsbereit seien.

Der europäische Gegenschlag kommt in zwei Schritten. Zunächst läuft eine Zollaussetzung aus, wodurch die Abgaben auf Produkte wie Boote, Bourbon und Motorräder wieder steigen. Anschließend sollen zusätzliche Zölle auf Waren im Wert von etwa 18 Milliarden Euro folgen – die genaue Liste steht noch aus.

## Kanada

Die kanadische Regierung kündigte an, dass sie neue Zölle auf US-Importe im Wert von 20 Milliarden Dollar erheben wird. Besonders betroffen: Stahl und Aluminium. Aber auch Werkzeuge, Computer, Sportartikel und Gusseisen stehen auf der Liste.

## Andere Länder

Großbritannien hält sich zurück. Premierminister Keir Starmer will stattdessen ein langfristiges Handelsabkommen mit den USA abschließen. Auch Australiens Premierminister Anthony Albanese verzichtet auf Vergeltungsmaßnahmen – mit der Begründung, dass Gegenzölle vor allem die eigenen Verbraucher treffen würden.

---

## Pro-palästinensischer Aktivist in den USA festgehalten – ohne Zugang zu Anwälten

Ein pro-palästinensischer Aktivist und US-Resident wurde am vergangenen Wochenende von den US-Behörden festgenommen. Seine Anwälte konnten bislang nicht mit ihm sprechen, wie eine Gerichtsanhörung enthüllte.



Die Trump-Regierung will Mahmoud Khalil abschieben – ohne dass er eines Verbrechens angeklagt wurde.

Khalil, verheiratet mit einer US-Amerikanerin, war eine führende Figur pro-palästinensischer Proteste an der Columbia University in New York, wo er kürzlich seinen Abschluss machte. Trumps Regierung begründet seine Festnahme mit einem kaum genutzten Gesetz, das die Abschiebung von Personen erlaubt, deren Anwesenheit als „gegnerisch“ zur US-Außenpolitik gilt.

Trump erklärte diese Woche: Khalils Fall sei der erste von „vielen weiteren“.

**Zitat:** „Hier geht es nicht um Meinungsfreiheit“, betonte Außenminister Marco Rubio. „Es geht um Menschen, die von Anfang an kein Recht hatten, sich in den USA aufzuhalten. Niemand hat ein Anrecht auf ein Studentenvisum. Niemand hat ein Anrecht auf eine Green Card.“

Der Richter ordnete an, dass Khalils Anwälte mit ihm sprechen dürfen. Zudem forderte er die Regierung auf, sich mit einem Urteil des Obersten Gerichtshofs von 2004 auseinanderzusetzen, das Khalils Rechtsvertretern helfen könnte, das Verfahren in New York zu halten.

---

## Syrien: Sektiererische Gewalt und Rachemorde eskalieren

In den letzten Tagen kam es in der Küstenregion Syriens zu massiven Gewaltausbrüchen. Eine britische Beobachtungsstelle macht regierungstreue Milizen und ausländische Kämpfer dafür verantwortlich. Die Spannungen könnten den Friedensprozess gefährden.

Laut einem Bericht des **Syrian Network for Human Rights** vom Dienstag kam es zu „außergerichtlichen Hinrichtungen, Erschießungen und systematischen Massakern – motiviert durch Rache und religiöse Spannungen“. Eine unabhängige Bestätigung der Vorwürfe steht noch aus.

### Hintergrund

Hunderte Zivilisten wurden in den Provinzen Latakia und Tartus getötet, Gebiete, die traditionell von der alawitischen Minderheit dominiert werden. Der gestürzte Diktator Baschar



al-Assad war selbst Alawit, und viele seiner Anhänger genossen unter seiner Herrschaft Privilegien.

## Der Türkei-Kurden-Konflikt eskaliert weiter

Die Türkei setzt ihre Luftangriffe auf kurdische Milizen in Syrien und Irak fort – selbst nachdem deren Anführer zur Auflösung aufgerufen und einen Waffenstillstand erklärt hat.

---

## Weitere Top-Meldungen

### Krieg in der Ukraine

- **Hoffnung auf Waffenstillstand:** US-Außenminister Marco Rubio erklärte, ein Friedensabkommen zwischen Russland und der Ukraine sei möglich – wenn Moskau einlenkt.
- **Russland greift an:** Russische Truppen starteten eine Offensive auf die von der Ukraine gehaltene Stadt Sudzha in der Region Kursk. Ziel: ein Druckmittel für Verhandlungen.

### Weltgeschehen

- **Japan:** Eine junge Influencerin wurde während eines Livestreams auf offener Straße in Tokio erstochen. Der Täter – ein verärgerter Follower.
- **Australien:** Drei chinesische Kriegsschiffe kreuzen vor der Küste – das Land fühlt sich „schutzlos“.
- **Serbien:** Von Protesten ermutigt und mit Rückenwind von Trump ließ die Regierung mehrere NGOs ohne Durchsuchungsbefehl stürmen.
- **Grönland:** Die gemäßigte Partei **Demokraatit**, die sich gegen Trumps Expansionspläne und für eine Unabhängigkeit von Dänemark ausspricht, gewinnt die Wahlen.
- **Klimakrise: Breakthrough Energy**, das Umwelt- und Energieprojekt von Bill Gates, kündigt drastische Kürzungen an.

**Von C. Hatty**